

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

28.8.1924 (No. 200)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B.
C. A. Seyfried
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Geldmark. — Einzelnummer 10 Geldpfennig, Samstag 15 Geldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Geldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen kostfester Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Beiziehung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von Höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder sonstiger Absehung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. Unverlangte Drucksaßen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Vor der Entscheidung

Heute oder morgen 3. Abstimmung

Am gestrigen Mittwoch konnte spät abends im Reichstag nach unwürdigen Ständlungen die zweite Lesung der Reparationsvorlagen erfolgen. Der heutige oder der morgige Tag sollen die Entscheidung bringen. Entscheidende Bedeutung hatten die gestr. Abstimmungen noch nicht, vor allem auch nicht die über das Eisenbahngesetz, da die Zweidrittelmehrheit nur für die Schlussabstimmung bei der dritten Lesung verlangt wird. Über die Dames-Gesetze, das Bankgesetz, das Industriebelastungsgesetz, das Reichsbahngesetz und das Gesetz über die Londoner Konferenz mußte dank dem Zusammenwirken von Völkischen und Kommunisten namentlich abgestimmt werden. Es ergab sich immer dasselbe Bild. Von 420 bis 425 Abgeordneten stimmten jeweils ungefähr 248 mit Ja, 174 mit Nein. Die Opposition setzte sich aus den Deutschnationalen, den Völkischen und den Kommunisten zusammen. Ein interessantes Zwischenpiel ergab es bei den völkischparteilichen Anträgen zu dem Mantelgesetz über das Londoner Protokoll. Die Sozialdemokraten und die Demokraten lehnten beide Anträge ab mit der Begründung, daß man solche Selbstverständlichkeiten nicht in ein Gesetz hineinschreiben könne. Für die Anträge erhoben sich aber auch die Deutschnationalen, und so war ihnen eine Mehrheit gesichert, da mit den Demokraten und Sozialdemokraten nur die Kommunisten mit Nein stimmten. Für die Deutschnationalen erklärte schon vorher der Abgeordnete Schulz-Bromberg, daß sie sich für den Fall der Annahme der Anträge für die dritte Lesung noch weitere Abänderungsanträge vorbehielten. Die Deutschnationalen geben das Spiel also offenbar immer noch nicht für verloren. Soweit man sieht, haben die anwesenden Deutschnationalen auch das Eisenbahngesetz abgelehnt, offenbar, weil damit kein Risiko verbunden war. Ob sie heute ebenso einhellig stimmen werden, ist abzuwarten.

Nach den letzten Meldungen ist jedoch wenig Aussicht vorhanden, daß die Zweidrittelmehrheit für das Eisenbahngesetz zustandekommt, zumal sich auch die Lagung der deutschnationalen Landesverbände mit großer Mehrheit gegen das Londoner Abkommen ausgesprochen hat. In diesem Falle wird die Reichsregierung in London am 30. August dennoch unterzeichnen und der Reichstag der Auflösung verfallen.

W.B. Berlin, 27. August

Beginn 11 Uhr vormittags. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Ausschlußbericht über den

Kommunistischen Antrag

auf Zulassung aller ausgeschlossenen und inhaftierten Abgeordneten zur entscheidenden Abstimmung über die Gutachtensgesetze. Der Geschäftsausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrages. Der vom Berichterstatter Abg. Gamppe (DfP, Dann.) vorgetragene Ausschlußbeschluss wird von den Kommunisten mit Pfürzen ausgenommen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) beantragt, wenigstens die vom Präsidenten ausgeschlossenen Abgeordneten zur Abstimmung über die Gutachtensgesetze zuzulassen; das würde sich auf die kommunistischen Abg. Kemmele und Dr. Schwarz beziehen. Der Antrag richtet an den Reichstagspräsidenten das Ersuchen, diese Abgeordneten zuzulassen.

Präsident Wallraf erklärt, er werde erst nach Annahme des Antrages zu dem darin enthaltenen Ersuchen Stellung nehmen.

Abg. Schölem (Komm.) empfiehlt nochmals den kommunistischen Antrag. Es sei bezeichnend, daß die Deutschnationalen im Ausschluß gegen den Antrag gestimmt haben, also die Opposition gegen den Londoner Schandenvertrag schwächen wollen. Bei Ablehnung ihres Antrages würden die Kommunisten dem im Ausschluß gemachten Vorschlag zustimmen, daß die inhaftierten Abgeordneten unter Bewachung durch Gefängniswärter die Abstimmung vollziehen können. Es würde die politische Situation treffend beleuchten, wenn die Abgeordneten gefesselt über den Schandenvertrag abstimmen müßten.

Unter Pfürzen der Kommunisten wird gegen die Kommunisten, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten der Ausschlußantrag angenommen, die Zulassung der Ausschlossenen also abgelehnt.

Abg. Frid (N.S.) beantragt nunmehr, den früher abgelehnten Antrag auf Amnestie der politischen Gefangenen nochmals dem Reichsausschuss zu überweisen. Die Situation habe sich jetzt insofern geändert, als am Donnerstag der Reichstag mit der Annahme des Damesgutachtens auch die separatistischen Landesvertreter amnestieren werde.

Die Ständlungen

Als Abg. Brodauf (Dem.) gegen die Behandlung dieses Antrages Widerspruch erhebt, entsteht tobenber Lärm der Kommunisten und N.S., die erregt aus ihren Bänken stürzen und auf den Abg. Brodauf eindringen, um den sich seine Freunde schützend sammeln. Der Lärm hält minutenlang an. Die Kommunisten dringen mit geballten Fäusten vorwärts. Nur mühsam schafft der Präsident Ruhe. Auf einmal stürzen die Kommunisten mit geballten Fäusten auf den Abg. Brodauf los, der durch die demokratischen Abgeordneten Kroll, Kopsch,

Dietrich-Baden und andere geschützt wird. Brodauf verteidigt sich mit einem zusammengeballten Bündel Zeitungen. Die kommunistischen Abg. Höllein und Koenen schlagen mit den Fäusten auf die Demokraten ein. Sozialdemokratische und Zentrumsabgeordnete mischen sich dazwischen und es entsteht ein ungeheurer Tumult, aus der sich eine regelrechte Prügelei entwickelt, an der sich die meisten kommunistischen Abgeordneten beteiligen. Die Tribünebesucher erheben sich spontan von den Plätzen und stoßen Pfürzen aus. Im Laufe herrscht eine ungeheure Erregung. Der Präsident, der vergeblich versucht, Ruhe zu schaffen und mit der Glocke nicht mehr durchdringen konnte, verläßt den Sitzungssaal. Die Sitzung ist damit gestoppt. Die Abgeordneten stehen noch lange in erregten Gruppen zusammen. Der Abg. Brodauf wird von seinen Freunden aus dem Saal geführt.

Als nach geraumer Zeit die Kämpfer im Saal auseinandergedrängt werden, erklärt Präsident Wallraf: Das unwürdige Schauspiel, das wir soeben erlebt haben, ist tief beschämend für den deutschen Reichstag (lebhaft Zustimmung auf den Tribünen). Das ganze deutsche Volk kann nur das Gefühl der Empörung hegen über diese Vorgänge (Beifall und Aufst. über Brodauf, über die kommunistischen Vertreter). Die Einzelheiten der Vorgänge werden untersucht werden, damit gegen die Schuldigen diejenigen Maßnahmen getroffen werden können, die die Geschäftsordnung vorschreibt. Der Alttestenrat wird zu diesem Zweck um 2 Uhr zusammentreten.

Abg. Dr. Knefel (Dem.) beantragt, die Sitzung sofort zu unterbrechen. Das wird abgelehnt.

Abg. Stücker (Komm.) führt darüber Beschwerde, daß auf einem der dem Reichstag eingeräumten Plätze ein bekannter Polizeispion sitze.

Präsident Wallraf erklärt, die vorhergegangenen Szenen hätten bewiesen, daß die bisher schon üblichen polizeilichen Schutzmaßnahmen im Reichstag leider nicht entbehrt werden könnten.

Die zweite Beratung des Reichsbahngesetzes

fortgesetzt.

Abg. Seibert (D.D.P.) wünscht eine Sicherung der Beamtenrechte bei der neuen Reichsbahngesellschaft.

Abg. Kahl (N.S.) erklärt, seine Freunde würden die Vorlage geschlossen ablehnen.

Abg. Dauer (Bayer. Volkspartei) äußert Bedenken gegen die Vorlage, stimmt ihr aber zu.

Reichsverkehrsminister Defer betont, das Berufsbeamtentum der Angestellten der neuen Reichsbahngesellschaft sei durchaus gewahrt. In dieser Beziehung seien bei den Londoner Verhandlungen wesentliche Erfolge gegenüber dem ursprünglichen Gutachten erzielt worden.

Damit ist die zweite Beratung der Gutachtensgesetze erledigt. Die Abstimmung wird zurückgestellt.

Kleinere Vorlagen

Die Novelle zum Postgesetz (Erhöhung der Erfahrungstafel der Post für verlorene Pakete und Einschreibebriefe geht an den Verkehrsausschuss und einige andere kleine Vorlagen werden verabschiedet darunter der Freundschaftsvertrag mit Nicaragua und die Verlängerung des vorläufigen Handelsabkommens mit Spanien.

Abg. Becker-Hessen (D.D.P.) erklärt, daß die Zustimmung zu diesem Protokoll kein Präjudiz für den endgültigen Handelsvertrag mit Spanien bedeute.

Die Amnestiefrage

Außerhalb der Tagesordnung fragt die Abg. Frau Golke-Roth-Hischer (Komm.), ob Artikel 7 des Londoner Abkommens über die Amnestie nicht nur den Separatisten, sondern auch den Kommunisten zugutekommen soll. Sie verlangt Ausdehnung der Amnestie auch auf das unbesetzte Gebiet.

Abg. Söllmann (Soz.) unterstützt das Verlangen, die Amnestie im besetzten Gebiet möglichst weitgehend auszudehnen. Er nimmt die Sozialdemokratie gegen den Vorwurf in Schutz, daß sie in irgend einer Weise den Separatismus gefördert hätte. Der gegen. Hörs-Ausschuss war im Einvernehmen mit der Reichsregierung eingerichtet; ihm gehörten auch Kommunisten an (Widerspruch bei den Kommunisten).

Abg. Kahl-Weser (Dem.) erklärt, die deutsch-demokratische Partei bekämpfe alle diejenigen, die gewalttätig gegen die Verfassung vorgehen. Sie sei darum grundsätzlich Gegnerin der Amnestierung politischer Verbrecher (Lärm bei den N.S. und Komm.). Die deutsche Regierung war gezwungen, den separatistischen Landesvertretern Amnestie zu gewähren. Wir haben keinen Grund, dieses Unheil dadurch zu vermehren, daß wir eine allgemeine Amnestie üben. Der Redner wendet sich dann gegen die beleidigenden Jurufe, die von völkischer Seite neuerdings dem Abg. Brodauf gemacht worden seien. Dadurch seien erst die unwürdigen Szenen hervorgerufen worden (Lärm bei den N.S.).

Abg. Dr. Frid (N.S.) weist die Ausführungen des Abg. Kahl zurück. Nicht völkische Jurufe hätten die Szenen vom Vormittag provoziert, sondern der ganz unverständliche und vom ganzen Reichstag beurteilte Widerspruch des Abg. Brodauf.

Abg. Dr. Quast (D.D.P.) erklärt, er habe in der zweiten Beratung nicht gegen das Reichsbahngesetz zu sprechen brauchen, denn er hätte sich nur den inhaltsreichen und formell vollendeten Ausführungen des kommunistischen Abg. Rosenbergs anschließen können.

Abg. Jenken (Dt. Soz.) bestreitet daß die Völkischen am Vormittag von den Völkischen provoziert worden seien.

Abg. Kahl-Weser (Dem.) hält dem Abg. von Graefe die beleidigenden Jurufe vor, die er gegen den Abg. Brodauf richtete.

Abg. von Graefe (N.S.) erklärt, er halte diese Jurufe anrecht angeht der bodenlosen Gemeinheit, die Abg. Brodauf

mit seinem Widerspruch bewiesen habe. Die Völkischen trennt ein Abgrund von den Kommunisten; aber bei den Kommunisten ist noch mehr Idealismus vorhanden, als bei den verfallenen, sog. Demokraten (lebhaft Beifall bei den N.S.).

In der weiteren Auseinandersetzung zwischen Demokraten, Völkischen und Kommunisten, die sich unter allgemeinem Lärm vollzieht, erteilt Vizepräsident Dr. Nieber verschiedene Ordnungsrufe.

Abg. Stücker (Komm.) wiederholt die Behauptung, daß parlamentarische Mitglieder des Hörs-Ausschusses mit dem französischen General Lard über die Loslösung des Rheinlandes verhandelt haben. Dies sei mit Zustimmung des Ministers Jarres geschehen.

Abg. Söllmann (Soz.) erwidert, sein Freund habe dem General Lard erklärt, die Sozialdemokratie werde niemals einer Loslösung des Rheinlandes zustimmen.

Um 1/3 Uhr wird die Sitzung bis 5 Uhr unterbrochen. Inzwischen beschäftigt sich der Alttestenrat mit den Vorgängen der Vormittags-Sitzung.

Um 5 Uhr soll die Abstimmung der zweiten Lesung vorgenommen werden.

Ausschließung dreier Kommunisten

Die Unterbrechung der Sitzung dehnt sich bis gegen 6 Uhr abends aus. Präsident Wallraf kommt mit Worten des tiefsten Bedauerns auf die Prügeleszenen des Vormittags zurück und ruft den Abg. v. Graefe (N.S.) zur Ordnung wegen der beleidigenden Jurufe, die er gegen den demokratischen Abgeordneten Brodauf gerichtet hat. Der Präsident fährt fort: Die Prügeleszenen, die sich wohl zum Schmerz der übergroßen Mehrheit des Hauses und Präsidenten hier zutragen, haben bis zur Stunde nicht restlos aufgeklärt werden können. Nicht alle, die sich einer gräßlichen Verletzung der Ordnung schuldig gemacht haben, sind einwandfrei ermittelt. Fest steht indes, daß als Angreifer sich beteiligt haben die Abg. Grube (Komm.), Reddermeyer (Komm.) und Eppstein (Komm.). Wegen dieser gräßlichen Verletzung der Ordnung des Hauses schließe ich die drei Abgeordneten von der Sitzung aus (Die Kommunisten rufen darauf: Warum nicht Kroll, Peine und Bergt?).

Abg. Stücker (Komm.) erhebt um das Wort zur Geschäftsordnung. Der Präsident erklärt, er werde das Wort erst erteilen, wenn die drei ausgeschlossenen Abgeordneten den Saal verlassen haben.

Als nach mehreren Minuten die Ausschlossenen noch im Saal sind, unterbricht der Präsident die Sitzung.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung stellt Präsident Wallraf fest, daß die drei Ausschlossenen noch immer im Saal sind. Er erklärt, sie hätten sich dadurch den Ausschluß von 20 Sitzungen zugezogen, nachdem die erste Weigerung ihren Ausschluß für 8 Sitzungen herbeigeführt hätte. Dann sagt der Präsident: „Nach der Reichsverfassung hat der Reichstagspräsident das Hausrecht im Reichstag und Widerstand gegen seine Maßnahmen ist Hausfriedensbruch und Widerstand gegen die rechtmäßig ausgeübte Staatsgewalt (Lärm bei den Kommunisten und Aufst. Schupo, Schupo), wenn der Täter auf frischer Tat ergriffen wird, schützt ihn nicht die Immunität (Lärm bei den Kommunisten). Nunmehr sind die Tribünen für das Publikum zu räumen (die Publikumstribünen werden geräumt). Ich bitte nunmehr auch die Herren von den Regierungssitzen, die Herren der Presse und die Abgeordneten den Saal zu verlassen“ (Dieser Bitte wird von der Presse und den meisten Abgeordneten entsprochen. Die Kommunisten bleiben im Saal und singen die Internationale. Dann erscheinen Kriminalbeamte im Saal und führen die Abg. Eppstein und Grube, die keinen Widerstand leisten, hinaus. Abg. Reddermeyer ist beim Erscheinen der Kriminalbeamten nicht mehr im Saal).

Als Präsident Wallraf dann die Sitzung wieder eröffnet, rufen die Kommunisten: Nieder mit diesem Polizeiparlament, nieder, nieder, nieder. Der Präsident bedauert, daß er zur polizeilichen Entfernung von Abgeordneten genötigt worden sei. Es sei hoffentlich das letzte Mal gewesen, daß die schwere Verletzung der Würde des Hauses solche Maßnahmen erforderlich machte (Beifall bei der Mehrheit, Lärm bei den Kommunisten). Der Präsident erklärt weiter, er werde dem Abg. Stücker (Komm.) das von ihm verlangte Wort zur Geschäftsordnung nicht erteilen, weil Stücker nach seiner Erklärung auf den letzten Vorgang zurückkommen wolle. Das sei aber nur möglich, nachdem ein Einspruch vorgegangen ist.

Hierauf folgt

die Abstimmung über die Gutachtensgesetze in 2. Lesung

Die Kommunisten beantragen namentliche Abstimmung über das Bankgesetz. — Die zur Durchsetzung dieses Antrags erforderliche Unterstützung von 50 Abgeordneten wird dadurch erreicht, daß sich auch die Nationalsozialisten mit den Kommunisten erheben.

Die namentliche Abstimmung ergibt die Annahme des Bankgesetzes mit 249 gegen 171 Stimmen. Dagegen haben die Deutschnationalen, Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschsozialen gestimmt. Abg. Brodauf (Dem.), mit einem großen weißen Verband versehen, gibt seinen Stimmzettel gefordert ab. Zwei Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Vor der Abstimmung über einen Änderungsantrag zum Privatnotenbankgesetz gibt Abg. Dr. Frid (N.S.) folgende Erklärung ab: Die Nationalsozialistische Freiheitspartei ist der Auffassung, die Entschlüsse und Anträge zum Damesgutachten reden sämtliche am Kernpunkt der Vorlagen vorbei und stellen lediglich den Versuch dar, der deutschnationalen Volkspartei Brücken zu bauen. Die nationalsozialistische Freiheitspartei nimmt deshalb keine Stellung zu den Entschlüssen und Anträgen und enthält sich hierbei der Stimmen.

Abg. Dittmann (Soz.) gibt dann für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine längere Erklärung ab des Inhalts, daß die Sozialdemokratie niemals eine Allerschuld Deutschlands

Deutsche auf Ceylon wieder zugelassen. Reuter meldet aus Colombo: Die Verordnung, welche den Deutschen die Zureise nach der Insel Ceylon verbot, und welche am 29. August abläuft, wird nicht erneuert.

Die französische Kammer und der Senat, die gestern in Genen gegangen sind, werden wahrscheinlich schon am 4. November zu einer außerordentlichen Tagung zusammentreten.

Italienische Provinz Vobelenes. Nachdem der Kaufmannvertrag Italien die völlige Freiheit im Vobelenes (Vobelenes Inseln) zuerkannt hat und die Ratifikation durch die Signaturmächte heranzieht, bereitet Italien die Angliederung dieser im Tripolisstreifen befindlichen Inselgruppe vor. Der neue endgültige Vertrag wird eine eigene Provinz mit dem Zentrum Rhodos bilden. Internationale Schwierigkeiten sind nicht zu erwarten, nachdem England seine Einwände gegen den Kaufmannvertrag aufgegeben hat.

Hafenarbeiterstreik in Petersburg. Der Kommandant des Handelshafens von Leningrad (Petersburg) hat wegen des schon einige Tage andauernden Generalkriegs der Hafenarbeiter den Ausnahmezustand verhängt. Der Grund des Streiks sind Lohnstreitigkeiten und die Entlassung von Arbeitern. Die Hafenwachen erhielten Verstärkungen. Unter Androhung von Waffengebrauch ist jedes Betreten des Hafens ohne besondere Genehmigung verboten, ebenso jegliches Sprechen mit den Wachen, sowie die Abhaltung von Versammlungen und Ansammlungen jeder Art.

Einschränkung der japanischen Rüstungen. Die Daily Telegraph meldet aus Tokio, daß die höheren Offiziere der japanischen Armee sich mit den Politikern auf einen Kompromiß einigten, nach dem das Meer um fünf Divisionen vermindert werden soll. Der Vorschlag auf Herabsetzung der Dienstzeit auf ein Jahr soll günstig beurteilt worden sein.

Der indische gesetzgebende Rat, ist wie Reuter aus Kalkutta meldet, nachdem er das Gehalt der Minister strich bis auf weiteres verlagert worden, die Minister reichten ihr Rücktrittsgesuch ein. Der Generalgouverneur hat die Führung der Beamtengehälter übernommen.

Badischer Teil

Konsularische Vertretung Lettlands

Herr Edgar Kreenwinch ist zum lettischen Generalkonsul für das Deutsche Reich mit dem Amtssitz in Berlin ernannt worden. Er wurde zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen für Baden zugelassen.

Karlsruhe an den Reichstag

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Karlsruhe hat an den Reichstag in Berlin folgendes Telegramm abgeandt: „Die hiesigen Reichstagsmitglieder bringen dem deutschen Reich fast unerschöpfliche politische und wirtschaftliche Lasten. Sie begegnen dabei mit Recht schwersten Bedenken. Trotz alledem bittet die Badische Landeshauptstadt den Reichstag dringend, dem Abkommen zuzustimmen und damit dem Deutschen Volk die Möglichkeit zu schaffen, aus seiner wirtschaftlichen und finanziellen Not endlich herauszukommen und seine Freiheit wieder zu erlangen.“

Aus den Parteien

Der demokratische Landesparteitag soll, wie aus Offenburg gemeldet wird, diesen Herbst in Offenburg abgehalten werden, woran außer Vertretern der Reichspartei, auch demokratische Landesparteien, auch Pfälzische, Württembergische, Bayerische und Hessische Demokraten teilnehmen werden.

Die diesjährige Herbsttagung der badischen Zentrumspartei findet in Koblitz statt.

Die Deutsche Volkspartei in Karlsruhe hat an den Abg. Dr. Curtius, der als Fraktionsredner für die D. Vp. bei der großen Aussprache über die Damesageleise im Reichstag das Wort ergriffen hatte, folgendes Telegramm geschickt: „Der Vorstand der Deutschen Volkspartei in Karlsruhe dankt seinem bewährten Reichstagsabgeordneten aufs herzlichste für seine zielbewusste und besonnene Arbeit, die für unser Badenland sichtbare Ergebnisse erzielt.“

„Der Gauklerkönig“. Operette von Fresser, Stein und Jerselt. Musik von Jean Gilbert. Das Stück spielt irgendwo, irgendwo, vermutlich in dem klassischen Lande der Operetten, in Gallanien, und ist von einer beträchtlichen aber lebenswürdigen Ausgelassenheit. Der Adjutant des Königs erfährt, daß seine Braut mit S. M. kolettiert und nicht abgeneigt ist, um vielleicht Frau Königin zu werden, ihm den Abschied zu geben. Bei einer reisenden Schauspielertruppe ist ihm aber ein Wunsch aufgefallen, der dem König außerordentlich ähnlich sieht und er faßt den Plan, diesen als „Majestät“ aufzutreten zu lassen, die Dame zu nassführen und ihr so den Hochmutstestel auszutreiben. Die übrigen Mitglieder der Truppe müssen den erforderlichen Hofstaat des Pseudokönigs. Der gewählte Kleriker ahmt die vielfachen, möglichen und unmöglichen Zwischenfälle, die sich hier ergeben müssen. Es kann ihm aber vertraut werden, daß seine Abmungen bestimmt noch überleben werden. Die Täuschung wird jedoch vorzeitig entdeckt und dem Veranstalter der Komödie droht allerhöchste Ungnade. Alle Mitwirkenden werden verhaftet. Aber der König hat auch Humor; er zieht es vor seinem Adjutanten nicht ins Gefängnis zu kommen und diktiert dem Abtäter vier Wochen Urlaub zur Vermählung und Hochzeitsreise. Der Doppelgänger und seine Freunde werden Hofkammerdiener und S. M. empfiehlt sich „gegebenenfalls“ als Käte. — Es ist überflüssig zu sagen, daß der Liebhaber des Operettenpublikums, Fritz Steidl in der Titelrolle, ebenso Edith Steffer als seine Partnerin, im Spiel und in sehr großen Tönen ihr Möglichstes boten. Sie wurden mit einer seltenen Bewachtlichkeit herausgerufen. Der Adjutant, Georg Patriot und seine Braut, Maria Reininger, waren in Gesang und Spiel sehr gute Leistungen. Es sind weiter zu nennen die Mitglieder der Schmiere Billy Straßer, Hans Gütigen, Mia Prinz, die recht Bemerkenswerthen leisteten, ferner Billy Roll als Fürst und die Hofbeamten Paul Wuls, Heinz Reich, Heinz Heinbach, die recht charakteristische Figuren auf die Bühne stellten. Der lächelnde Bürgermeister, der durchaus den „Gentil“ sprechen wollte (von M. Verhearsch vorzüglich gespielt), veranlaßt uns die eingangs ausgesprochene Vermutung über den Ort der Handlung zu korrigieren. Trefflich war die Inszenierung durch Direktor Steffer und nicht minder die musikalische Leitung durch Kapellmeister G. Wülz. Das wohlgeleitete slawische Ballet im zweiten Akt fand besonders Gelingen. Die Musik brachte fast so etwas wie eine Enttäuschung.

Zum heutigen 175. Geburtstag Goethes haben sich zahlreiche Goethevereine aus allen Ecken Deutschlands in Weimar eingefunden, um an der von der Goethegesellschaft und der Stadt Weimar gemeinsam veranstalteten großen Feier teilzunehmen.

folge hatte. Unserem Dank schließt sich die Partei im befreiten Badener Gebiet ausdrücklich an. Wir beglückwünschen Sie und uns zu unserer getrigen Rede und hoffen, daß Ihre von höchster Vaterländischer Besorgnis erfüllten Worte unserem Volk zum Frieden im Innern und zur Kraft nach Außen verhelfen werden. Was auch kommen mag: die deutsche Volkspartei Badens steht geschlossen und vertrauensvoll hinter Ihnen. Treue um Treue.

Allgemeiner Deutscher Sparkassen- und Kommunalbeamtentag

Die am 25. August in Stuttgart eröffnete Tagung der u. a. 1300 Sparkassenmänner bewohnten nahm mit einem Vortrag des Geschäftsführers des Sparkassen- und Giroverbandes für Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt, Ruchmann, über die Aufwertungsfrage ihren Anfang. Unter dem einmütigen Beifall der Versammelten sprach sich der Referent für eine möglichst weitgehende Aufwertung der Sparanlagen aus. Eine Schuld an der Entwertung der Sparanlagen trifft die Sparkassen nicht. Die Anlegung ihres Vermögens war durch gesetzliche Vorschriften geregelt, von denen nicht abgewichen werden durfte. Auf diese Weise war das Vermögen der Geldentwertung reibungslos preisgegeben. Die zur Verfügung stehende Aufwertungsmaßnahme, so führte der Vortragende aus, würde nicht übermäßig vermehrt werden, wenn das Reich sich dazu verstehen würde, die sich noch im Besitz der Sparkassen befindlichen Kriegsanleihen vorzugsweise aufzuwerten.

Über die Förderung und Anregung der Sparaktivität sprach der Geschäftsführer des Rheinisch-Westfälischen Sparkassenverbandes, Direktor Gremer, der eingehende Richtlinien für die planmäßige Erziehung der Bevölkerung zur früheren Sparaktivität in Familie, Schule, Fabrik und Kontor angab. Die in der Kriegs- und Nachkriegszeit in weitem Maße entstandene Gleichgültigkeit und Sorglosigkeit müsse auf das energischste bekämpft werden. Vor allen Dingen sei bei der heranwachsenden Jugend, in den Fortbildungsschulen, in den Jugendvereinigungen auf die Bedeutung des Sparwesens hinzuwirken. Besondere Aufmerksamkeit sei einer zielbewussten stoffkräftigen Sparpropaganda zuzuwenden. Verkehrsanstalten (Eisenbahn Post) müßten aufwändige Sparaktionen anbringen, Reich und Staat die Verwertbarkeit der Sparanlagen durch Freilassen der kleineren Sparanlagen von Steuern und durch Wiederherstellung des Sparkasseneigentums unterstützen.

Stadttrat Jursch, Direktor der Deutschen Girozentrale, sprach über die Behebung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, zu dessen Förderung eine gründliche Aufklärung der Bevölkerung über die Vorteile erforderlich sei, die durch den kommunalen Giroverkehr der gesamten Wirtschaft im allgemeinen und den Kunden der Sparkassen im besonderen erwachsen. Zur wirklichen Durchsührung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, der insbesondere auch den Reichs- und Staatsinteressen dient, müssen die Sparkassen als öffentliche Anstalten der Gemeinden und Gemeindeverbände die unabdingbare Unterstützung aller Reichs- und Staatsbehörden beanspruchen.

Die Liquidität der Sparkassen behandelte Generaldirektor Dr. Welker-Mannheim von der Badischen Girozentrale. Auf Grund seiner Ausführungen wurde einstimmig die folgende Entschließung gefaßt:

„Infolge der Inflation sind bei allen Geldinstituten eigene und fremde Mittel in ungeheurer Ausmaße zusammengeschmolzen. Die Sparkassen sind hiervon wegen der ihnen auferlegten Anlagebeschränkungen am schwersten betroffen worden. Die Art der nach vorhandenen Einlagen hat sich wesentlich geändert. Spargelder stehen erst in geringem Umfang zur Verfügung. In der Hauptsache sind stark untaufende, kurzfristige Girogelder vorhanden. Dies bedingt im Zusammenhang mit der krisenhaften Wirtschaftslage erhöhte Vorsorge für die Liquidität. Langfristige Hypotheken und Kreditsdarlehen an öffentlich-rechtliche Verbände können vorläufig nicht wieder gewährt werden. Vorbedingung zur reibungslosen Abwicklung des Geschäftsbetriebes ist gegenwärtig mehr denn je eine ausreichende Flüssigkeitsreserve bei der Girozentrale. Als Liquiditätsdeckung für kurzfristige Kreditgeschäfte, deren Pflege unter den heutigen Verhältnissen in Verbindung mit dem Wechselkursrisiko an erster Stelle in Frage kommt, sind zu nennen: marktgängige Wertpapiere, Warenwechsel mit guten Unterschriften, nicht verderbliche Waren und Edelmetalle unter eigenem Verschluß und Verwahrung bis zu 90 Proz. des Marktpreises. Beschränkungen in der Bewegungsfreiheit bei der Annahme solcher liquider Sicherungen müssen beseitigt werden. Ebenso ist Einschränkung von Bescheleibungen durch die Reichsbank zu ermöglichen. Kredite sollen im übrigen im Interesse der Sicherheit und im Hinblick auf die Zweckbestimmung der Sparkassen nur innerhalb des eigenen Bezirks im Rahmen der unmittelbar zur Verfügung stehenden Mittel gegeben werden.“

Nach der Mittagspause sprach Sparkassendirektor Bahlsbusch-König über die Sparkassen als Kreditquellen des Mittelstandes. Durch Aufnahme von bankmäßigen Geschäften haben sich die Sparkassen zu Banken des Mittelstandes entwickelt. Kaufleute, selbständige Handwerkermeister, Landwirte und andere mittelständische Berufsgruppen wünschen heute ihre familiären Geldgeschäfte durch die Sparkassen zu erledigen. Im Interesse ihrer Sparer haben die Sparkassen das lehrhafteste Interesse, diesem Wunsch zu entsprechen. Die Hauptaufgabe der Sparkassen als Volksbanken sei die Behebung der Kreditnot, unter der der Mittelstand mehr als die anderen Volksklassen leidet. Der Vortragende gab dann aus seinen praktischen Erfahrungen heraus eine Fülle von Ratshlägen, wie die kleinen den Sparkassen zur Verfügung stehenden Mittel im Kreditgeschäft zur Verreichung eines größtmöglichen Nutzeffektes verwendet werden könnten.

In der sich an die Vorträge anschließende Aussprache nahm die Aufwertungsfrage den breitesten Raum ein. Stadttrat Krumbiegel-Dresden erklärte sich grundsätzlich für eine Beteiligung der Garantieverbände an der Aufwertung, machte jedoch auf die Belastung aufmerksam, die bei der Aufbringung der Mittel auch den Sparern erwachsen würde. Amtsgerichtsrat Dr. Heppel-Güterloh wünschte, daß in der zu fassenden Resolution eine starke Betonung des Verlangens der Sparkassen selbst nach einer möglichst hohen Aufwertungsquote zum Ausdruck käme. Stadtkammerer Dr. Karbinger-Berlin sprach sich im gleichen Sinne aus und verlangte eine Aufwertung der öffentlichen Anleihen, insbesondere der Kriegsanleihen. Er wünschte, daß der Aufwertungsmaßstab für alle Sparkassen einheitlich festgesetzt werden sollte. Schließlich wurde die vom Vorstand vorgelegte Entschließung angenommen, die bereits in unserer heutigen Mittagsausgabe veröffentlicht ist:

„Die auf dem Deutschen Sparkassentage versammelten Vertreter der Spar- und Girokassen und der kommunalen

Banken erheben entschiedenen Einspruch, daß ihnen die Kreditquellen aus öffentlichen Mitteln nicht im gleichen Maße erschlossen worden sind als anderen Verbänden und Organisationen. Es muß verlangt werden, daß künftighin bei ähnlichen Anlässen zum mindesten eine gleichmäßige Verteilung öffentlicher Mittel erfolgt.“

In der weiteren Aussprache machte der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Geh. Rat Dr. Kleiner-Berlin ausführliche Mitteilung über das Verhältnis der Sparkassen-Giro-Organisation zu den anderen öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten und über die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit von Auslandskrediten. Hierauf wurde die Tagung durch den Vorsitzenden mit dem Ausdruck tiefempfundener Dankes an die württembergischen Staatsbehörden und die Stadt Stuttgart für die ausgezeichnete Aufnahme geschlossen.

Kommunale Rundschau

Die Mannheimer Indeziffer beträgt für den 27. August 1162,3 Milliarden. Da am 20. August die Indeziffer 1161,0 Milliarden betrug, so ist vom 20. bis 27. August ein Rückgang um 0,1 Prozent eingetreten. Legt man die Goldmarkpreise zugrunde, so ergibt sich nach den Preisen vom 27. August die Goldmarkindeziffer 116,2 (1913/14 gleich 100) gegen 116,4 am 20. August. Die Senkung ist auf die Ermäßigung der Kartoffel- und Gemüsepreise zurückzuführen; der Rückgang wäre noch größer, wenn nicht die Preise für Brot, Fleisch und Käse sich erhöht hätten.

Ermäßigung der Kohlen- und Holzpreise in Mannheim. Laut Mitteilung des Mannheimer Städtischen Nachrichtenamts sind seitens der Mannheimer Kohlenhändler-Vereinigung die Kohlen- und Holzpreise abermals — mit Wirkung vom 15. August d. J. ab — herabgesetzt worden. Die neuen Preise lauten (in Mark) wie folgt: Ruhr-Feldschrot frei ins Haus (frei Keller) der Zentner 1,80, Ruhr-Stückkohlen 2,00, Ruhr-Kohlen I oder II ungesiebt 2,05, Ruhr-Kohlen I oder II nachgesiebt 2,25, Ruhr-Kohlen III ungesiebt 2,00, Ruhr-Kohlen III nachgesiebt 2,15, Schmeldekohlen III 2,15, Schmeldekohlen IV 2,10, Ruhr-Ehmkohlen I oder II nachgesiebt 2,60, Ruhr-Ehmkohlen III 2,35, Ruhr-Anthrazit-Kohlen II 3,60, Steinkohlenbriketts 2,25, Anthrazit-Eisformbriketts 2,25, Ruhr-Stückfoks 2,15, Ruhr-Brechfoks I 2,30, Ruhr-Brechfoks II 2,40, Ruhr-Brechfoks III 2,05, Braunkohlen-Dr'fokts 1,65, Grubefoks 1,80, Hart- und Weichholz gefügt 2,10, Hart- und Weichholz grob gespalten 2,20, Anfeuerholz klein gespalten 2,60, Bündelholz je nach Größe 20—22 Pf.

Vermächtnis an die Stadt Freiburg. Der am 25. Oktober 1923 in Burgdorf verstorlene langjährige Direktor der Freiburger Gas- und Wasserwerke, Walter Schnell, hat der Stadt in seinem Testament ein Legat zugebacht, das in späteren Zeiten im Sinne des Verstorbenen zur Errichtung eines Bier- und Trinkbrunnens und zur Verreichung der Bestände der Volksbibliothek Verwendung finden soll. — Dem Freiburger Gesundheitsamt wurde durch Vermittlung des Universitätsprofessors Geh. Rats Aschoff von finnländischen Vereinen eine Spende von 150 Dollar (630,30 M.) zur Verfügung gestellt, wozu 60 Turnschüler mit Stoffen und Schuhen ausgestattet werden konnten.

Der städtische Vorschlag von Oberkirch für das Wirtschaftsjahr 1924/25 wurde vom Bürgerausschuß in seiner Sitzung vom 22. August 1924 nach kurzer Verhandlung in der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Fassung einstimmig genehmigt bzw. angenommen. Die zur Erhebung gelangende Gemeindesteuer beträgt 45 Pfennig je 100 Mark Steuerwert des Vermögens und Betriebsvermögens.

Aus der Landeshauptstadt

Falsche Rentenbankheine zu 50 Mark. Seit längerer Zeit werden in Baden und Württemberg falsche Rentenbankheine zu 50 Rentenmark in Verkehr gebracht, die von den echten Scheinen erheblich abweichen und bei einiger Aufmerksamkeit leicht zu erkennen sind. Der graue Stoffaufschlag auf dem rechten Teil der Vorderseite der echten Scheine, in dem die Fasern eingebettet liegen, ist bei den Fälschungen durch Auftragen eines schmutzig-grauen Tones nachgeahmt, in dem die Fasern durch farbige Striche angedeutet sind. Hin und Wieder sind auch einige Fasern aufgefleht. Das Wasserzeichen (Kreuz- und Ringmuster), das sich bei den echten Noten deutlich über den ganzen Schein erstreckt, ist bei den Fälschungen durch einen sektartigen, bald schwächeren, bald stärkeren Aufdruck auf die nichtbedruckten Teile des Scheines vorgeäuscht. Außerdem erscheint das Untergrundmuster der Vorder- und Rückseite und die Wertzahl 50 in der Mitte und auf dem Rande der Vorderseite undeutlich und verschwommen. Nur wenn das Publikum auf die angegebenen Merkmale achtet und beim Vorkommen eines Fälschens der Polizei sofort Nachricht gibt, kann den Fälschern ihr Handwerk gelegt werden. Auf deren Ermittlung hat die Deutsche Rentenbank eine Belohnung bis zu 1000 Rentenmark ausgesetzt.

Vom alemannisch-fränkischen Sonntag. Nach einer neuerlichen Besprechung mit dem Pfälzerverein, der in Verbindung mit dem Verkehrsverein die Leitung des Festzuges am Sonntag, den 21. September, übernommen hat, sind für diesen Festzug bereits über 60 Gruppen sichergestellt, darunter eine große Anzahl aus dem Lande Baden selbst und aus den Nachbarländern. Sehr stark werden in dem Festzug die malerischen Trachten des Schwarzwaldes vertreten sein, die Gannauer kommen wieder mit ihrer hervorragenden Trachtenkapelle, ebenso dürften die Seegegend und nicht zuletzt das Frankland ihre originellen und schmunzigen Trachten durch zahlreiche Vertreter und Vertreterinnen bei dieser Gelegenheit zeigen. Auch die Ortsgruppe Karlsruhe des Badischen Schwarzwaldvereins beteiligt sich durch Stellung eines Wagens an dem Festzug. Da viele Tausende von auswärtigen Besuchern erwartet werden, richten sowohl der Karlsruher Verkehrsverein, als auch die Ortsgruppe Karlsruhe des Badischen Schwarzwaldvereins dringende Aufträge an die Karlsruher Einwohnerschaft, zur Unterbringung all dieser Gäste beizutragen. Es wäre sehr erwünscht, wenn sich recht viele Karlsruher Familien anbieten möchten, die dem einen oder dem anderen der Festteilnehmer, ohne Anspruch auf Entschädigung ein Gastzimmer für die beiden Nächte vom 20. auf 21. und vom 21. zum 22. September einräumen würden. Zu diesem badischen Heimatsfest dürfte neben den eigentlichen Festteilnehmern auch eine riesige Zuschauermenge nach Karlsruhe kommen, wozu der ganze Stadtort erwachsen, insbesondere, da beim Bezirksamt für den Sonntagmittag auch die Möglichkeit zum Offnenhalten der Geschäfte erbeten werden soll. Abends sollen die Schaufenster beleuchtet werden. Gleichzeitig beginnt der mehrtägige Schaufensterwettbewerb.

Städt. Konzerthaus. Heute Donnerstag und täglich gelangt die Operette „Der Gauklerkönig“ zur Aufführung und bleibt diese Operette bis zum Schluß der Spielzeit, Sonntag, den 31. August, auf dem Spielplan.

Kurze Nachrichten aus Baden

Nr. 43 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnung des Ministers des Innern über das Kassen- und Rechnungswesen der öffentlichen Sparkassen.

Durlach, 24. Aug. Es ist eine Zusammenkunft aller und junger Kameraden der ehemaligen Badischen Trainabteilung Nr. 14 und deren Kriegsgenossen in der früh. Garnisonstadt Durlach geplant. Allerdings ist die Zusammenkunft mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft, da es Leute aus allen deutschen Landen waren, die beim Train in Durlach aufkommengestellt wurden, von Konstanz bis Königsberg. Geplant ist mit der Feier die Errichtung einer Ehrenmallschicht der ehemaligen Trainleute zu Ehren der gefallenen Kameraden. Man hofft, den Badischen Train-Tag ungefähr im Mai nächsten Jahres abhalten zu können.

DZ, Bruchsal, 28. Aug. Hier ist ein Rückgang der Gaststätten zu verzeichnen, die sich seit 1914 von 72 auf 61 vermindert haben.

DZ, Forzheim, 23. Aug. Die hiesigen Journalisten und Schriftsteller haben sich zu einem Verein zusammengeschlossen und zum ersten Vorsitzenden Herrn Seimer (Forzheimer Nachrichten) gewählt.

DZ, Forzheim, 23. Aug. Vor dem Schöffengericht standen zwei frühere Schalterbeamte des hiesigen Stationsamtes wegen Amtsunterschlagung. Sie hatten die Duplikatscheine von Mantelkarten gefälscht und sich auf diese Weise größere Geldbeträge verschafft, die sie teilweise angeblich zur Dedung von Mantelkarten verwendeten. Mit Rücksicht auf die besonderen Umstände des Falles ließ das Gericht weichehende Milderung. Es erkannte gegen beide auf acht Monate Gefängnis bei Strafaufsicht auf Wollherbergen.

DZ, Forzheim, 26. August. Wegen eines Sakentanzschandens kam es im Juli d. J. auf dem Bahnhof Königsbach zu einem Konflikt zwischen jungen Leuten und drei Viehhändlern, die in Täuschlichkeiten ausartete. Ein junger Mann, der das Sakentanz trug, wurde verprügelt. Die Viehhändler erhielten inzwischen Strafbefehl wegen erschwerter Körperverletzung.

DZ, Bühl, 25. August. Am letzten Samstag wurde unsere Gegend durch ein schweres Hagelwetter heimgeschickt. Besonders empfindlich ist der Schaden in den Weinbergen und auf den Tabakfeldern.

DZ, Achern, 25. August. Das außerordentlich ungünstige Wetter der letzten Wochen und die kaum zu erklärenden häufigen Gewitter haben leider am gestrigen Sonntag wiederum eine empfindliche Störung in der Elektrizitätsversorgung gebracht. Durch teilweise Zerstörung der Hochspannungstransformatorenstation in Bühl wurde morgens gegen 7 Uhr das Versorgungsgebiet zwischen Achern und Singheim östlich der Bahnlinie unterbrochen. Die sofortige Untersuchung ergab, daß außer dem Schaden in der Transformatorstation der durch Einbau von Messermaterial behoben werden konnte, ein Hochspannungskabel in Achern durchgeschlagen ist. Wegen Mittag konnte der Betrieb wieder aufgenommen werden. Man hofft, Einschränkungsmassnahmen der Abnehmer vermeiden zu können. Die Instandsetzungsarbeiten an dem beschädigten Kabel sind in vollem Gange.

DZ, Neuenbürg, 21. Aug. Wie wir von der Leitung des Historischen Vereins für Mittelbaden erfahren, findet eine Wiederholung des Simplissimus-Spiels in Neuenbürg, wie solche dieser Tage angekündigt wurde, nicht mehr in diesem Jahre statt. Geplant ist die Wiederholung für Mai und Juni nächsten Jahres.

DZ, Offenburg, 27. Aug. Zur Belebung des Verkehrs nach dem wiederbefreiten Offenburg, das so lange vom allgemeinen Verkehrsleben abgeschlossen war, ist die Anregung gegeben worden, im badischen Lande und in Deutschland überhaupt Fahrkarten mit zweitägiger Gültigkeit zum Besuche Offenburgs auszugeben, wobei der Preis für Hin- und Rückfahrt für die Rückfahrt gelten müßte. Versuchweise sollen, wie man hört, die Kaufkäden im September an den Sonntagen von 1-4 Uhr offengehalten werden.

DZ, Freiburg i. Br., 25. August. Gestern fand unter zahlreicher Beteiligung seitens der christlichen Jungmännervereine aus Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg und vielen anderen Orten des badischen Landes das 27. Bundesfest des oberbadischen christlichen Jungmännerbundes in Freiburg statt.

DZ, Endingen, 27. Aug. Seit langer Zeit stand das altbekannte Hotel „Girichen“ hier außer Betrieb. Nunmehr wurde es von der Stadtgemeinde zum Verkauf ausbezogen und zum Preise von 26 000 Mark verkauft. Wie man hört, wird der neue Besitzer, Franz Hofmann, das Gebäude wieder seiner ursprünglichen Bestimmung zuführen.

Bad. Landestheater Karlsruhe.

Spielplan vom 31. August bis 8. September.

Im Landestheater. So. 31. Aug.* Abonn. A 1. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1-200. Die Zauberkiste. 6 1/2 (Sp. I 8.00). — Mo. 1. Sept.* Abonn. B 1. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 301-500. Das Käthen von Heilbronn. 7 (Sp. I 4.80). — Di. 2.* Abonn. F 1. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 201-300, 601-600. Violetta (La Traviata). 7 1/2 (Sp. I 7.00). — Mi. 3.* Abonn. C 1. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1001-1190. Der fliegende Holländer. 7 1/2 (Sp. I 7.00). — Do. 4.* Abonn. E 1. Th.-Gem. B.V.B. I. Sondergruppe. Molière-Abend. Uraufführung: Die Lustspielprobe. Komödie in 1 Akt von Molière, überetzt von Ulrich von der Trenck-Ulrich. Hierauf: Amphitryon. 7 1/2 (Sp. I 4.80). — Fr. 5.* Abonn. D 1. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 601-800. Hänsel und Gretel. Hierauf: Der geprellte Pantalone. 7 1/2 (Sp. I 7.00). — Sa. 6.* Abonn. G 1. Th.-Gem. B.V.B. II. Sondergruppe. Zum erstenmal: Der arme Konrad. Tragödie in 5 Akten aus der Bauernrevolte 1514 von Friedrich Wolf. 7 (Sp. I 4.80). — So. 7.* Abonn. B 2. Th.-Gem. B.V.B. III. Sondergruppe. Uraufführung: Tamerlan. Oper in 3 Akten von Nicola Haym. Musik von Georg Friedrich Händel. Textliche Neugestaltung von Anton Rudolph, neue Sockorezitative und musikalische Einrichtung von Hermann Roth. 8 1/2 (Sp. I 8.00). — Mo. 8.* Abonn. A 2. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 801-1000. Molière-Abend. Die Lustspielprobe. Hierauf: Amphitryon. 7 1/2 (Sp. I 4.80).

Im Konzerthaus. So. 7.* Die fünf Frankfurter. 7 (Park. I 3.80).

Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Donnerstag, den 28., nachmittags 1/4-5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Freitag, den 29. an. Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde jeweils am Vortag der Aufführung in der Geschäftsstelle (9-1, 4-6 Uhr).

Damen mit sicherem, gewandtem Auftreten. Gebrauchsartikel bei 33 1/2%, 5% Provision gesucht. Off. u. D. 534 an die Exp. d. N. 3.

Bekanntmachung. Bei der Stadtgemeinde Emmendingen ist eine **Schuhmannstelle** in Wäld zu besetzen. Bewerber, welche die staatliche Polizeischule mit Erfolg besucht, oder die festgesetzte Mindestdienstzeit in der staatlichen Ordnungspolizei oder bei der Gendarmerie zurückgelegt haben, werden ersucht, innerhalb 10 Tagen unter Angabe ihrer persönlichen Verhältnisse und Vorbildung, Bewerbungsbesuche anzuzeigen.

Besoldung erfolgt nach der staatl. Regelung nach Gruppe IV Anfangsstufe (Orisklasse C). D 533 Emmendingen, den 27. August 1924.

Das Bürgermeisteramt.

Infolge Einteilung der Stadt Forzheim in zwei Schöngemeinden seitens der Gebäudeversicherungsanstalt sind zwei **Stellver-**

DZ, Kiel, 25. August. Wie man hört, soll das alte historische Kieler Schloss, das sich bisher im Besitz der Brunnenverwaltung Schloss Kiel G. m. b. H. in Kiel befand, in andere Hände übergehen, wobei es sich jedoch lediglich um das alte Schloss mit anschließendem Park handelt, während der Mineralbrunnen und Oekonomiebau wie bisher von der Brunnenverwaltung Schloss Kiel weitergeführt wird. Der neue Besitzer, Ernst Sutter, ein Sohn des Markgräfler Landes, beabsichtigt eine Renovierung des Baues, die ihm die alte Form und innere Ausstattung wiedergeben soll.

DZ, Konstanz, 24. Aug. Der Wasserstand des Rheins ist heute 1 Meter höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	26. August		27. August	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	162.39	163.21	162.39	163.21
Kopenhagen 100 Kr.	67.83	68.17	67.83	68.17
Italien . . . 100 L.	18.55	18.65	18.55	18.65
London . . . 1 Pf.	18.81	18.90	18.87	18.96
Neuhort . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	22.67	22.79	22.76	22.88
Schweiz . . . 100 Fr.	78.85	79.25	78.55	78.95
Wien 100 000 Kr.	5.92	5.94	5.91	5.92
Prag . . . 100 Kr.	12.58	12.64	12.59	12.65

Zuteilung überall 100 Prozent

Der Deutsch-spanische Handelsvertrag. Der Außenhandelsverband richtete, der „Wirtschaftlichen Zeitung“ zufolge, eine Eingabe an den Reichstag, worin er für die Annahme des deutsch-spanischen Handelsvertrages eintritt und erklärt, daß die Ablehnung infolge des dadurch in Spanien automatisch wieder in Kraft tretenden 80prozentigen Valutazuschlages für deutsche Waren und des Maximaltariffes der fast völligen Vernichtung des deutschen Exports gleichkommen werde. Die spanischen und deutschen Weine seien in ihrer Qualität so verschieden, daß für sie im wesentlichen auch getrennte Konsumtarife in Frage kämen.

Der Großhandelsindex. Die auf den Stichtag des 26. August berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist mit 120,9 gegenüber dem Stande vom 19. August (121,2) nahezu unverändert. Die Indexziffern der Hauptgruppen lauten: Lebensmittel 111,5 (Vorwoche 111,9), davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln 99,1 (99,5); Industriestoffe 138,4 (138,5), davon die Gruppe Kohle und Eisen 129,5 (129,5), Inlandwaren 115,6 (113,8), Einfuhrwaren 157,4 (158,1).

Banken und Inflation. Bei der Goldmarkenreformungsplanung der Berliner Handels-Gesellschaft zeigt sich, wie große Kapitalverluste während der Inflationsperiode auch bei den Großbanken entstanden sind. Das seit 1908 unverändert gebliebene Grundkapital von 110 Millionen Mark wird im Verhältnis von 5 : 1 zusammengelegt und beträgt nur 22 Millionen Goldmark.

Die Außenhandelsstelle der Metallwirtschaft, der bereits seit längerer Zeit die Befugnis zur Ein- und Ausfuhrbewilligung entzogen ist, wird nunmehr durch die in diesen Tagen im Reichsanzeiger zur Veröffentlichung kommenden Verordnung des Reichsarbeitsministers endgültig aufgelöst. Soweit Waren aus dem Zuständigkeitsgebiet dieser Außenhandelsstelle noch dem Ein- oder Ausfuhrverbot unterliegen, ist für die Ein- und Ausfuhrbewilligung der Reichskommissar für die Ein- und Ausfuhrbewilligung zuständig.

Für Besucher der Leipziger Messe. Für die aus den badischen Städten nach Leipzig fahrende Messebesucher ist es von Wichtigkeit, daß die Fahrkarten zu den Messebesuchern mit Fahrpreisermäßigungen bei den Klobb-Reisebüros in Freiburg, Karlsruhe und Mannheim auszugeben werden, die auch Auskunft über die Abfahrtszeiten erteilen.

Karlsruher Börse (27. August 1924). Abteilung: Getreide, Mehl und Futtermittel: Infolge der niedrigen Kurse von Amerika ist die Stimmung etwas ruhiger. Weizen 23-23,50, Roggen 18-18,50, Gerste 22 bis 23, Hafer 18-18,50, Mais mit Sad 19-19,25, Weizenmehl Mühlenerforderung 33,50-34, Weizenmehl zweifelhändig 33 bis 33,50, Roggenmehl Mühlenerforderung 26,50-27, Weizen- und Roggenfuttermehl 14,50-15, Weizen- und Roggenkleie 11,75 bis 12,50 G.M. Spezialfabrikate entsprechend teurer. Malzkeime 12,50-13, Vierteltr 12,50-13 G.M. Raufuttermittel: Rotes Wiesenhau, gut, gesund, trocken 6,50-7, Luzerne 7,50 bis 8, Weizen-Roggenstroh drahtig 3,50-4 G.M., alles per 100 Kilo, Mehl und Mühlenfabrikate sowie Mais mit Getreide ohne Sad, Frachtparität Karlsruhe. Abteilung Weine: Das anbauende Regenmeter vermindert täglich die

Ausfichten auf brauchbaren Wein. Eine Aufwärtsbewegung der Preise konnte aber trotzdem nicht festgestellt werden, weil die Geldverhältnisse dem hindernd im Wege stehen. Spirituosen: Es bestand größere Nachfrage für Rischbranntwein, neutralem Branntwein, Weindestillat und Zwischengewässer. Eine wesentliche Veränderung der bisherigen Preise konnte nicht festgestellt werden. Abteilung Kolonialwaren: Kaffee im Preise steigend. Kaffee roh Santos 3,90-4,90, Kaffee gewaschen 4,00-6, Kaffee gebackt billigste Mischung 4,90, Kaffee billige Sorten 1,40-1,60 G.M., alles per Kilo. Tee gut 6,80-8, Tee mittel 8,20-9,80, Fein 10-12 G.M., alles per Kilo bezollt. Bismarck 0,40, Graupen 0,35, gelbe gespaltene Erbsen 0,34, weiße Perlbohnen 0,50, Binsen mittel 0,85 Schweinefett 1,85, Salzfisch 1,30, Kristallzucker 0,82 G.M., alles per Kilo.

Vom Weingeschäft. Im Weingeschäft ist ind letzter Zeit deutlich ein Aufwachen der Nachfrage bemerkbar. Neuerdings wurden in Augen mehrere Kisten Wein zu 110 bis 120 Mark das Hektoliter verkauft. Geringere Sorten bewegen sich um 100 Mark pro Hektoliter herum. — Münliche Preise werden auf aus Laufen berichtet. — Der Stand der Reben erweist zurzeit immer noch zureichende Ernteaussichten. In den meisten Rebstücken zeigen die Stöcke zum Teil einen guten Wuchszustand und die Trauben sind im allgemeinen gesund und gut ausgewachsen. Ein richtiger warmer Spätsommer wäre freilich zur völligen Reife sehr zu wünschen.

Verschiedenes

Vom Amerikafestspiel

Die Probefahrten des neuen Amerikaluftschiffes J. 3 haben am Mittwoch begonnen. Die erste Fahrt war eine reine Werksprobefahrt ohne Teilnahme von Gästen. Aus Berlin sind bereits 5 Vertreter amerikanischer Zeitungen, darunter ein Vertreter der „Chicago-Tribune“ und der „New York Times“, sowie mehrere Fotografen und Filmoperaleure, auch amerikanische Unternehmungen, in Friedrichshafen eingetroffen. Die Pressevertreter sind beauftragt, über die Probefahrten und über Einzelheiten des Schiffes zu berichten. Sie sollen bereits erklärt haben, daß J. 3 auf sie einen sehr guten Eindruck gemacht hat und daß die Mitglieder der amerikanischen Kommission sich sehr lobend über dieses Wunderwerk der Technik ausgesprochen haben. Besonders zufrieden äußerten sich die Mitglieder der amerikanischen Kommission über die neuen Raybaldmotore. Amerikanisch wird auch der amerikanische Vorschlagsrat Miller Warren Robbins nach Friedrichshafen kommen und an einer Probefahrt teilnehmen. — Mittwoch nachmittags 5 Uhr erließen das Luftschiff über dem Bodensee und überflog auch Konstanz. Das schlanke, silbergraue Luftschiff, das in seiner gewaltigen Größe einen imponierenden Eindruck machte, kam aus nordwestlicher Richtung und wendete, ziemlich niedrig fliegend, über der Stadt, um die Seinfahrt anzutreten. — Über die Werksprobefahrt des Amerikaluftschiffes J. 3 wird noch mitgeteilt, daß sie sich über das ganze Gelände auf der deutschen Seite des Bodensees erstreckte und vor allem der Erprobung der Motore, der Fahrgeschwindigkeit, der Tragfähigkeit, der Manövrier- sowie Vernehmungsfähigkeit diente. Das Schiff bewegte sich im allgemeinen in einer Höhe von 400 Meter. Trotz regnerischen, böigen Wetters verlief die Fahrt in allen Teilen zur vollen Zufriedenheit der Leitung.

Überschwemmung in der Altmark

Die Altmark wurde, wie aus Magdeburg gemeldet wurde, durch die starken Niederschläge der jüngsten Zeit von einer Überschwemmungskatastrophe heimgeschickt, die an Umfang das Hochwasserunglück von 1909 weit übertrifft. Im Kreise von Osterburg ist eine Fläche von etwa 120 000 Morgen von den Fluten bedeckt. Die Ernte kann hier als vollkommen verloren angesehen werden.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Konsularische Vertretung Lettlands

Herr Edgar Kreenwinski ist zum lettlandischen Generalkonsul für das Deutsche Reich mit dem Amtssitz in Berlin ernannt worden. Er wird hiermit zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen für Baden zugelassen.

Karlsruhe, den 22. August 1924.

Badisches Staatsministerium

Röhler

Postbezieher

die den Bezug der Karlsruher Zeitung für den Monat September noch nicht erneuert haben, wollen dies **unverzüglich** besorgen, damit in der Lieferung keine unliebsame Unterbrechung eintritt.

In Kürze erscheint: Klavierklang und Gesang

als Glanz zu Kinderspiel und Tanz

34 meist neue Tanzliedchen

mit leichter Klavierbegleitung als Grundlage für

Tanzspiele in Haus, Schule u. geselligen Kreisen

herausgegeben von August Göller

Preis etwa Mk. 1.80

Auch den sechs- bis achtjährigen Kindern dürfen Körperübungen nicht vorenthalten werden. In Schulen und Vereinen bei festlichen Veranstaltungen läßt man auch die Jüngsten jetzt auftreten, in Tanzspielen, bei denen unter Musikbegleitung gesungen wird. Was im Schulturnsaal, im Kindergarten, im Vereinslokal alt und jung entzückt hat, führen die Kleinen ohne weiteres auch auf ihren Spielplätzen und auf der Straße auf, und drei- bis vierjährige Kinder schließen sich der Spielschar an. Wo Klavier gespielt wird, können die gelehrten Vorführungen auch zu köstlichen Familienunterhaltungen beitragen. Will man die Lieder auch dort benutzen, wo kein Klavier ist, so kann man die Melodien mit einer Geige oder Flöte spielen oder die Tänze mit einer Laute begleiten. Auch Kleinkinderschulen werden das Buch mit Nutzen verwenden, weil die Liedchen nur kleinen Stimmumfang verlangen.

Auswahl aus den 34 Liedern: Die kleinen Gärtnerinnen: „Blumen kaufe ich nicht gern“ — Abzählreime: „Ene, bene, dumke, funke“ — Beim Zuckerbäcker: „Lieber, guter Zuckerbäcker“ — Das Käthen: „Lief ein Käthen in den Schnee“ — Mein Püppchen: „Seht, wie schnell mein Püppchen springt“ — Der Böttcher: „Ich bin der Böttcher, ich binde das Faß“ — s' Schtiffele: „s' Schtiffele muß schterwe“.

Verlag G. Braun G. m. b. H. Karlsruhe (Baden)

Karlsruherstraße 14.